

Protokoll 107. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 9. September 2020, 17.00 Uhr bis 22.07 Uhr, in der Halle 7 der Messe Zürich

Vorsitz: Präsidentin Helen Glaser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 116 Mitglieder

Abwesend: Ezgi Akyol (AL), Duri Beer (SP), Sarah Breitenstein (SP), Mélissa Dufournet (FDP), Natalie Eberle (AL), Gabriele Kisker (Grüne), Alan David Sangines (SP), Roger Tognella (FDP),

1 Sitz vakant

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1.		Mitteilungen	
2.	2018/171	RPK, Wahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Roberto Bertozzi (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2018–2022	
3.	2018/172	GPK, Wahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Zilla Roose (SP) für den Rest der Amtsdauer 2018–2022	
4.	2020/351 *	Weisung vom 26.08.2020: Postulat von Christine Seidler und 32 Mitunterzeichnenden betreffend Realisierung eines Stadtlabors (Laborquartiers) zur Erprobung zukunftsträchtiger Formen des Zusammenlebens, des Wirtschaftens und des Wohnens, Bericht und Abschreibung	STP
5.	2020/352 *	Weisung vom 26.08.2020: Stadtentwicklung, Quartiervereine der Stadt Zürich, Beitrag 2021–2024	STP
6.	2020/354 *	Weisung vom 26.08.2020: Kultur, Verein Collegium Novum Zürich, Beiträge 2021–2024	STP
7.	2020/356 *	Weisung vom 26.08.2020: Tiefbauamt, Baulinienvorlage Römerhofplatz, Festsetzung	VTE
8.	2020/369 *	Weisung vom 02.09.2020: Immobilen Stadt Zürich und Grün Stadt Zürich, Areal Guggach, Neubau einer Schulanlage und Erstellen eines Quartierparks, Übertragung von Grundstücken vom Finanz- ins Verwaltungs- vermögen, Objektkredit	VHB VTE VSS

9.	2020/370	*	Weisung vom 02.09.2020: Immobilien Stadt Zürich, Liegenschaften Hagenholzstrasse 85a und 85b (Campus Glattal), Quartier Seebach, Miete und Einbau Sekundarschule, Objektkredit	VHB VSS
10.	2020/359	* E	Motion von Marco Denoth (SP) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 26.08.2020: Anpassung der Zonierung und der entsprechenden Bestimmungen für das Geviert Eidmatt-, Neptun-, Hegibach- und Streulistrasse unter Berücksichtigung der Interessen des Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) und der Auflagen des Entscheids des Verwaltungsgerichts	VHB
11.	2020/360	* E	Postulat von Martina Zürcher (FDP) und Markus Merki (GLP) vom 26.08.2020: Bessere Gewichtung der Minderheitsmeinungen in der neu gestalteten Abstimmungszeitung	STP
12.	2020/361	* E	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 26.08.2020: Verlagerung der Auto-Parkplätze beim Schulhaus Heubeeribüel zugunsten von Freiflächen für die Schülerinnen und Schüler	VSS
13.	2020/362	* E	Postulat von Stephan Iten (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 26.08.2020: Durchsetzung des geltenden Fahrverbots auf dem Kloster-Fahr-Weg	VSI
14.	2020/243	* A/P **	Motion von Luca Maggi (Grüne) und Christina Schiller (AL) vom 10.06.2020: Ersetzung der Bewilligungspflicht für politische Kundgebungen und Demonstrationen durch ein Meldeverfahren	VSI
15.	2018/77		Weisung vom 26.08.2020: Motion von Stefan Urech und Peter Schick betreffend Begrenzung der Abfindungsleistungen für Behördenmitglieder auf maximal zwei Jahreslöhne, Antrag auf Fristerstreckung	FV
16.	2020/198		Weisung vom 20.05.2020: Finanzdepartement, Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ), Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2019	FV
17.	2017/245		Weisung vom 20.05.2020: Motion von Andreas Kirstein betreffend Erhöhung der Beteiligung der Stadt Zürich an der ZAV Recycling AG, Antrag auf Fristerstreckung	VTE
18.	2020/49		Weisung vom 05.02.2020: Immobilien Stadt Zürich, Ersatzneubau der Schulanlage Triemli B und C und Erweiterung der Schulanlage In der Ey, Quartier Albisrieden, Projektierungskredit	VHB VSS

21.	2019/18	Interpellation von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 16.01.2019: Bau einer Sekundarschule auf dem Sportplatz der Primarschule Grünau, Strategie für die Bereitstellung von genügend Schulraum im Schulkreis Letzi und Angaben über den geplanten Schulhausneubau auf der Sportwiese Grünau sowie Evaluierung möglicher Alternativen zum geplanten Bau	VSS
22.	<u>2019/91</u> A/P	Motion von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Yasmine Bourgeois (FDP) vom 13.03.2019: Förderung und Betreuung von Schülerinnen und Schülern mit einer Autismus-Spektrum-Störung in einer Regelklasse	VSS
23.	<u>2019/92</u> A/P	Motion von Yasmine Bourgeois (FDP), Michael Schmid (FDP) und 13 Mitunterzeichnenden vom 13.03.2019: Schrittweise Umsetzung einer «Smart School»-Strategie für die Schulen der Stadt	VSS
24.	<u>2019/95</u> E/A	Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Christian Huser (FDP) und 14 Mitunterzeichnenden vom 13.03.2019: Digitalisierung der obligatorischen und alternativ-obligatorischen Lehrmittel der Zürcher Volksschule im Rahmen einer «Smart School»-Strategie	VSS
25.	2019/156 E/A	Postulat von Muammer Kurtulmus (Grüne) und Urs Helfenstein (SP) vom 17.04.2019: Jährliche Statistiken mit Kennzahlen zur Bildungsgerechtigkeit	VSS
26.	2019/214 A/P	Motion von Dr. Urs Egger (FDP), Anjushka Früh (SP) und 8 Mitunterzeichnenden vom 22.05.2019: Umsetzung der in der Raumbedarfsstrategie Sport geplanten Rasensportanlagen in den nächsten 5 Jahren	VSS
27.	2019/290 E/A	Postulat von Zilla Roose (SP) und Nicole Giger (SP) vom 26.06.2019: Anpassung der Öffnungszeiten der städtischen Sommerbäder an den Rhythmus und die Wünsche der Bevölkerung	VSS
28.	2019/338 E/A	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Dr. Jean-Daniel Strub (SP) vom 10.07.2019: Aufhebung der Autoparkplätze auf den Pausenplätzen der Volksschule	VSS

^{*} Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

2874. 2020/343

Postulat von Marcel Savarioud (SP), Sofia Karakostas (SP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 19.08.2020:

Gewährleistung der Freiheits- und Persönlichkeitsrechte von Menschen in der Langzeitpflege, Spitälern und anderen betreuten Institutionen auch in epidemischen Situationen

Marcel Savarioud (SP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 23. September 2020 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

2875. 2020/377

Postulat von Martin Bürki (FDP) und Sabine Koch (FDP) vom 02.09.2020: Nutzung der bisherigen Aussenflächen und der nicht genutzten Innenflächen der Gastrounternehmen im Winter 2020/2021

Martin Bürki (FDP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 23. September 2020 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2876. 2020/386

Erklärung der FDP-Fraktion vom 09.09.2020:

Verhalten des Stadtrats im Zusammenhang mit dem Beteiligungsverfahren Bellerivestrasse

Namens der FDP-Fraktion verliest Michael Schmid (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Sind Beteiligungsverfahren nur Opium fürs Volk? – Der Stadtrat ist gefordert, zerstörtes Vertrauen wiederaufzubauen!

Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Auch für langgediente und abgehärtete städtische Freisinnige, die sich von der aktuellen Stadtratsmehrheit einiges gewohnt sind, ist das jüngst an den Tag gelegte Verhalten von Stadtrat Richard Wolff im Zusammenhang mit dem Beteiligungsverfahren Bellerivestrasse schwer verdauliche Kost.

Um hier nur einige «Kostproben» in Erinnerung zu rufen:

- Krasser Bruch der fundamentalen Spielregeln, welche im Beteiligungsverfahren in Bezug auf den zeitlichen Ablauf und die Kommunikation festgelegt wurden.
- Irreführende Darstellung des Stands der Diskussion im Beteiligungsverfahren.

- Wahrheitswidrige Angaben über eine angebliche «Koordination» mit dem Kanton.
- Wahrheitswidrige Angaben zur Frage, ob und wie der Kanton vor einem solchen Versuch konsultiert werden muss

Jeder einzelne dieser Punkte wäre Grund für ein unmissverständliches Machtwort seitens der Stadtpräsidentin und für energische Bemühungen, das Vertrauen gegenüber den Mitwirkenden im Beteiligungsverfahren Bellerivestrasse, aber auch gegenüber den Gemeinden am rechten Zürichseeufer und gegenüber den zuständigen kantonalen Behörden, wiederaufzubauen.

Bisher herrscht hier jedoch ohrenbetäubendes Schweigen.

Die Vorgänge rund um dieses Beteiligungsverfahren rufen aber auch nach grundsätzlichen Klärungen. Seitens der FDP besteht schon lange ein latentes Unbehagen gegenüber städtischen Beteiligungsverfahren, die zwar immer aufwändiger und der Form nach professioneller gestaltet werden, deren effektiver demokratiepolitische und rechtsstaatliche Nutzen indessen fragwürdig bleibt. Interessanterweise beschränkt sich dieses Unbehagen keineswegs auf die bürgerliche Ratsseite, sondern scheint auch in linken Kreisen verbreitet

Auf dem Spiel steht das Vertrauen, ob die entsprechenden Verfahren tatsächlich ergebnisoffen geführt werden, oder ob bereits im Voraus ein von Stadtrat und Verwaltung gewünschtes Ergebnis feststeht und der ganze Prozess nur als zeitlich und finanziell aufwändige Alibiübung angelegt ist.

So entsteht denn nun der Eindruck, dass das Verhalten von Stadtrat Richard Wolff nicht nur, bzw. nicht primär, als krasse Entgleisung einzustufen ist, sondern dass sich darin einfach deutlicher manifestiert, was in Beteiligungsverfahren nicht die Ausnahme, aber die Regel ist; egal ob dies dann als «Feigenblatt», «Farce» oder «abgekartetes Spiel» zu bezeichnen wäre.

Die Beweislast zur Entkräftung dieses Verdachts liegt nach den Ereignissen von vergangener Woche bei der Stadtpräsidentin und dem gesamten Stadtrat.

Damit keine Missverständnisse entstehen: das von Stadtrat Richard Wolff oktroyierte Ergebnis erachten wir als ebenso missraten wie den Prozess selbst.

2877. 2020/387

Erklärung der SVP-Fraktion vom 09.09.2020: Entscheid des Stadtrats zum Spurabbau auf der Bellerivestrasse

Namens der SVP-Fraktion verliest Stephan Iten (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Stadtrat Richard Wolff lügt – und verletzt Recht und Gesetz

An der letzten Gemeinderatssitzung vom 2. September machte der Stadtrat seine heimlich geschmiedeten Pläne zur Bellerivestrasse unerwartet öffentlich. Schon lange hatte er entschieden, auf dieser Haupteinfallsachse in die Stadt Zürich zwei Spuren abzubauen.

Eigentlich ging es in der Debatte darum, einen Projektierungskredit für die Bellerivestrasse zu sistieren. Eine Debatte um die Weisung selbst war, in Absprache mit der Kommission, nicht geplant. Doch nutzte Stadtrat Richard Wolff dies als Gelegenheit, eine Bombe platzen zu lassen. Er kommunizierte seinen schon lange getroffenen Entscheid für einen Spurabbau auf der Bellerivestrasse.

Aus dem Nichts verkündete Stadtrat Richard Wolff, die Bellerivestrasse für einen Verkehrsversuch um zwei Spuren zu reduzieren. Stadtrat Richard Wolff gab wörtlich zu Protokoll, dass dies mit dem Kanton abgesprochen sei. War es aber nicht. Die nachgeschobene Medienmitteilung der Stadt Zürich, welche dies korrigierte, überführt Stadtrat Wolff der Lüge.

Das Tiefbauamt hat in genannter Medienmitteilung eine weitere Bombe platziert. Die SVP wundert sich, dass diese von niemandem entdeckt wurde. Das Tiefbauamt kündet ein sequentielles Vorgehen an: Spurabbau von vier auf zwei Spuren als erster Schritt und als zweiter Schritt die Einführung von Tempo 30 auf der Bellerivestrasse, wenn die Versuchsphase abgeschlossen ist.

Diese Pläne macht der Stadtrat, ohne den Inhalt seiner Verkehrsstudien publik zu machen und ohne rechtliche Abklärungen beim Kanton. Stadtrat Richard Wolff handelt eigenmächtig, denn die Abschottung der Stadt Zürich vom Verkehrsnetz des Kantons steht schon lange auf seiner Agenda. Diese wird mit der linksgrünen Mehrheit im Gemeinderat konsequent und rücksichtslos durchgedrückt.

Mit seinem hinterhältigen Vorpreschen hat Stadtrat Richard Wolff den Gemeinderat der Stadt Zürich, die zuständige Spezialkommission, den Kanton Zürich als Eigentümerin der Bellerivestrasse und sämtliche Interessensgruppen des Beteiligungsverfahrens vorgeführt und vor vollendete Tatsachen gestellt. Die SVP nimmt mit vollstem Verständnis zur Kenntnis, dass sich Gewerbe- und Verkehrsverbände aus dem offensichtlich sinnlosen Beteiligungsverfahren zurückgezogen haben.

Die linksideologisch dominierten Mehrheiten in Parlament und Exekutive können nichts an der Tatsache ändern, was die Kantonsverfassung vorgibt. Artikel 104 der Zürcher Kantonsverfassung lässt keinen Spielraum und sagt klar, dass eine Kapazitätsreduktion des Strassennetzes nur dann vorgenommen werden darf, wenn diese eins zu eins kompensiert wird. Dies ist hier nicht der Fall! Die Folgen für die Bewohner der Gemeinden am rechten Seeufer, für das Gewerbe, die Gastronomie und den Detailhandel in der Stadt sowie für die Quartierbewohner des Seefelds wären dramatisch.

Der Entscheid und das Vorgehen von Richard Wolff zeigen, dass ihn Recht und Gesetz nicht interessieren. Das muss uns alarmieren. Auch die Stadtzürcher Exekutive muss sich an übergeordnetes Recht halten. Die Fälle von Nichteinhaltung der Rechtsordnung durch den Zürcher Stadtrat häufen sich.

Die SVP verurteilt die Verbreitung von Unwahrheiten durch Stadtrat Richard Wolff. Und wir sind zuversichtlich, dass der Kanton diesen auf Trickserei aufbauenden Verfassungsbruch unterbinden wird. Wir hoffen, dass auch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Zürich solches Gebaren von Mitgliedern der Zürcher Exekutive nicht tolerieren und dies bei nächster Gelegenheit mit dem Wahlzettel zum Ausdruck bringen.

Geschäfte

2878. 2018/171

RPK, Wahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Roberto Bertozzi (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2018–2022

Es wird mit Wirkung ab 9. September 2020 gewählt:

Johann Widmer (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

2879. 2018/172

GPK, Wahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Zilla Roose (SP) für den Rest der Amtsdauer 2018–2022

Es wird mit Wirkung ab 9. September 2020 gewählt:

Angelica Eichenberger (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählte

2880. 2020/351

Weisung vom 26.08.2020:

Postulat von Christine Seidler und 32 Mitunterzeichnenden betreffend Realisierung eines Stadtlabors (Laborquartiers) zur Erprobung zukunftsträchtiger Formen des Zusammenlebens, des Wirtschaftens und des Wohnens, Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 7. September 2020

2881. 2020/352

Weisung vom 26.08.2020:

Stadtentwicklung, Quartiervereine der Stadt Zürich, Beitrag 2021–2024

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 7. September 2020

2882. 2020/354

Weisung vom 26.08.2020:

Kultur, Verein Collegium Novum Zürich, Beiträge 2021–2024

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 7. September 2020

2883. 2020/356

Weisung vom 26.08.2020:

Tiefbauamt, Baulinienvorlage Römerhofplatz, Festsetzung

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Beschluss des Büros vom 7. September 2020

2884. 2020/369

Weisung vom 02.09.2020:

Immobilen Stadt Zürich und Grün Stadt Zürich, Areal Guggach, Neubau einer Schulanlage und Erstellen eines Quartierparks, Übertragung von Grundstücken vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 7. September 2020

2885. 2020/370

Weisung vom 02.09.2020:

Immobilien Stadt Zürich, Liegenschaften Hagenholzstrasse 85a und 85b (Campus Glattal), Quartier Seebach, Miete und Einbau Sekundarschule, Objektkredit

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 7. September 2020

2886. 2020/359

Motion von Marco Denoth (SP) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 26.08.2020: Anpassung der Zonierung und der entsprechenden Bestimmungen für das Geviert Eidmatt-, Neptun-, Hegibach- und Streulistrasse unter Berücksichtigung der Interessen des Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) und der Auflagen des Entscheids des Verwaltungsgerichts

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist die Motion dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2887. 2020/360

Postulat von Martina Zürcher (FDP) und Markus Merki (GLP) vom 26.08.2020: Bessere Gewichtung der Minderheitsmeinungen in der neu gestalteten Abstimmungszeitung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2888. 2020/361

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 26.08.2020:

Verlagerung der Auto-Parkplätze beim Schulhaus Heubeeribüel zugunsten von Freiflächen für die Schülerinnen und Schüler

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2889. 2020/362

Postulat von Stephan Iten (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 26.08.2020: Durchsetzung des geltenden Fahrverbots auf dem Kloster-Fahr-Weg

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2890. 2020/243

Motion von Luca Maggi (Grüne) und Christina Schiller (AL) vom 10.06.2020: Ersetzung der Bewilligungspflicht für politische Kundgebungen und Demonstrationen durch ein Meldeverfahren

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Luca Maggi (Grüne) vom 2. September 2020 (vergleiche Beschluss-Nr. 2824/2020)

Die Dringlicherklärung wird von 61 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2891. 2018/77

Weisung vom 26.08.2020:

Motion von Stefan Urech und Peter Schick betreffend Begrenzung der Abfindungsleistungen für Behördenmitglieder auf maximal zwei Jahreslöhne, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2018/77.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats und begründet diesen.

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 67 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 14. November 2018 überwiesenen Motion, GR Nr. 2018/77, von Gemeinderäten Stefan Urech und Peter Schick (beide SVP) vom 28. Februar 2018 betreffend Begrenzung der Abfindungsleistungen für Behördenmitglieder auf maximal zwei Jahreslöhne, wird um zwölf Monate bis zum 14. November 2021 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

2892. 2020/198

Weisung vom 20.05.2020:

Finanzdepartement, Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ), Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2019

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2019 der Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ) (Beilage) wird genehmigt.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Shaibal Roy (GLP)

Schlussabstimmung

Die RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz

(SP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger

(FDP), Alan David Sangines (SP)

Enthaltung: Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)

Abwesend: Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 102 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2019 der Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ) (Beilage) wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. September 2020 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

2893. 2017/245

Weisung vom 20.05.2020:

Motion von Andreas Kirstein betreffend Erhöhung der Beteiligung der Stadt Zürich an der ZAV Recycling AG, Antrag auf Fristerstreckung

Antrag des Stadtrats

Die Frist zur Erfüllung der am 4. April 2018 überwiesenen Motion, GR Nr. 2017/245, von Gemeinderat Andreas Kirstein (AL) vom 12. Juli 2017 betreffend Erhöhung der Beteiligung der Stadt Zürich an der ZAV Recycling AG wird um zwölf Monate bis zum 4. April 2021 verlängert.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Vizepräsident Florian Utz (SP)

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Die Frist zur Erfüllung der am 4. April 2018 überwiesenen Motion, GR Nr. 2017/245, von Gemeinderat Andreas Kirstein (AL) vom 12. Juli 2017 betreffend Erhöhung der Beteiligung der Stadt Zürich an der ZAV Recycling AG wird um zwölf neun Monate bis zum 4. April Januar 2021 verlängert.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Walter Angst (AL), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Roberto Bertozzi (SVP),

Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)

Minderheit: Vizepräsident Florian Utz (SP), Referent; Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP),

Alan David Sangines (SP)

Abwesend: Susanne Brunner (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit offensichtlichem Mehr zu.

Schlussabstimmung

Die RPK beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Walter Angst (AL), Referent; Präsident Felix Moser (Grüne), Roberto Bertozzi (SVP),

Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)

Enthaltung: Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David

Sangines (SP)

Abwesend: Susanne Brunner (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 4. April 2018 überwiesenen Motion, GR Nr. 2017/245, von Gemeinderat Andreas Kirstein (AL) vom 12. Juli 2017 betreffend Erhöhung der Beteiligung der Stadt Zürich an der ZAV Recycling AG wird um neun Monate bis zum 4. Januar 2021 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

2894. 2020/49

Weisung vom 05.02.2020:

Immobilien Stadt Zürich, Ersatzneubau der Schulanlage Triemli B und C und Erweiterung der Schulanlage In der Ey, Quartier Albisrieden, Projektierungskredit

Antrag des Stadtrats

Für die Durchführung eines Projektwettbewerbs im offenen Verfahren und die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für den Ersatzneubau der Schulanlage Triemli B und C und die Erweiterung der Schulanlage In der Ey, Quartier Albisrieden, werden zusätzliche Projektierungsausgaben von Fr. 8 300 000.— bewilligt. Damit erhöht sich der vom Vorsteher des Hochbaudepartements mit Verfügung Nr. 190390 am 7. November 2019 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 200 000.— auf Fr. 8 500 000.—.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Dr. Balz Bürgisser (Grüne)

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für die Durchführung eines Projektwettbewerbs im offenen Verfahren und die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für den Ersatzneubau der Schulanlage Triemli B <u>und C</u> und die Erweiterung der Schulanlage In der Ey, Quartier Albisrieden, werden zusätzliche Projektierungsausgaben von Fr. 8 300 000.— bewilligt. Damit erhöht sich der vom Vorsteher des Hochbaudepartements mit Verfügung Nr. 190390 am 7. November 2019 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 200 000.— auf Fr. 8 500 000.—. <u>Die Schulanlage Triemli C wird nicht abgerissen. Eine allfällige Integration des historischen Gebäudes in den Neubau erfolgt in Absprache mit der Denkmalpflege.</u>

Mehrheit: Urs Riklin (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Sarah

Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei

(GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Patrik Maillard (AL),

Ursula Näf (SP)

Minderheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)

Abwesend: Mark Richli (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit offensichtlichem Mehr zu.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 1):

 Es wird ein Mobilitätskonzept gemäss Art. 8 PPV erstellt, das Szenarien mit Massnahmen für eine autoarme Nutzung der Schulanlage enthält. Darauf abgestützt wird die Anzahl Parkplätze festgelegt.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Sarah Breitenstein (SP), Isabel Garcia (GLP),

Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP),

Urs Riklin (Grüne)

Minderheit: Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Referentin; Präsident Stefan Urech (SVP),

Roger Bartholdi (SVP), Christian Huser (FDP)

Abwesend: Mark Richli (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit offensichtlichem Mehr zu.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 3 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 1):

3. Die Grösse der Teamzimmer und der Büros im Schulpersonalbereich richtet sich nach dem im Betriebskonzept festgehaltenen Raumprogramm.

Mehrheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP),

Roger Bartholdi (SVP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser

FDP)

Minderheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Sarah Breitenstein (SP), Maya Kägi Götz (SP),

Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Urs Riklin (Grüne)

Abwesend: Mark Richli (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 51 gegen 63 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Sarah

Breitenstein (SP), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP),

Maya Kägi Götz (SP), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Urs Riklin (Grüne)

Minderheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)

Abwesend: Mark Richli (SP)

Aufgrund des vorhergehenden Beschlusses wird über die bereinigten Dispositivziffern 1–3 abgestimmt.

Abstimmung gemäss Art. 43bis Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

- Für die Durchführung eines Projektwettbewerbs im offenen Verfahren und die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für den Ersatzneubau der Schulanlage Triemli B und C und die Erweiterung der Schulanlage In der Ey, Quartier Albisrieden, werden zusätzliche Projektierungsausgaben von Fr. 8 300 000.– bewilligt. Damit erhöht sich der vom Vorsteher des Hochbaudepartements mit Verfügung Nr. 190390 am 7. November 2019 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 200 000.– auf Fr. 8 500 000.–.
- 2. Es wird ein Mobilitätskonzept gemäss Art. 8 PPV erstellt, das Szenarien mit Massnahmen für eine autoarme Nutzung der Schulanlage enthält. Darauf abgestützt wird die Anzahl Parkplätze festgelegt.
- 3. Die Grösse der Teamzimmer und der Büros im Schulpersonalbereich richtet sich nach dem im Betriebskonzept festgehaltenen Raumprogramm.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 16. September 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 16. November 2020)

2895. 2019/18

Interpellation von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 16.01.2019:

Bau einer Sekundarschule auf dem Sportplatz der Primarschule Grünau, Strategie für die Bereitstellung von genügend Schulraum im Schulkreis Letzi und Angaben über den geplanten Schulhausneubau auf der Sportwiese Grünau sowie Evaluierung möglicher Alternativen zum geplanten Bau

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 806 vom 4. September 2019).

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

2896. 2019/91

Motion von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Yasmine Bourgeois (FDP) vom 13.03.2019:

Förderung und Betreuung von Schülerinnen und Schülern mit einer Autismus-Spektrum-Störung in einer Regelklasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1003/2019).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Yasmine Bourgeois (FDP) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit offensichtlichem Mehr dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2897. 2019/92

Motion von Yasmine Bourgeois (FDP), Michael Schmid (FDP) und 13 Mitunterzeichnenden vom 13.03.2019:

Schrittweise Umsetzung einer «Smart School»-Strategie für die Schulen der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1004/2019).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, mit der für die Schulen der Stadt Zürich schrittweise eine «Smart School»-Strategie umgesetzt wird.

Dabei sollen Infrastruktur, digital aufbereitete und interaktive Lerninhalte, pädagogische Konzepte und Ausund Weiterbildung der Lehrkräfte gezielt miteinander verknüpft werden, sodass die Digitalisierung für die Bildung gewinnbringend ist und zugleich Entlastung bei administrativen Abläufen – sowohl innerhalb der einzelnen Schulen wie auch in Zusammenarbeit mit Verwaltung und Behörden – schaffen kann. Die Strategie soll ähnlich wie das Projekt Tagesschulen 2025 im Rahmen eines Pilotprojekts auf seine Wirksamkeit hin getestet werden.

Eine Kooperation mit der und allenfalls auch eine finanzielle Unterstützung durch die Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen ist anzustreben.

<u>Dabei werden Rahmenbedingungen festgelegt, damit die Unentgeltlichkeit der Volksschule gewährleistet bleibt und keine zusätzliche Chancenungerechtigkeit entsteht.</u>

Yasmine Bourgeois (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Yasmine Bourgeois (FDP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Das geänderte Postulat GR Nr. 2020/388 (statt Motion GR Nr. 2019/92, Umwandlung) wird mit offensichtlichem Mehr dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2898. 2019/95

Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Christian Huser (FDP) und 14 Mitunterzeichnenden vom 13.03.2019:

Digitalisierung der obligatorischen und alternativ-obligatorischen Lehrmittel der Zürcher Volksschule im Rahmen einer «Smart School»-Strategie

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1007/2019).

Walter Angst (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 27. März 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Ursula Näf (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er im Rahmen einer «Smart School»-Strategie in Zusammenarbeit mit dem Kanton <u>die die Digitalisierung der vermehrt darauf hinwirken kann, dass die</u> obligatorischen und alternativ-obligatorischen Lehrmittel der Zürcher Volksschule vom Lehrmittelverlag, von der ilz sowie von privaten Anbietern <u>vorantreiben kann</u> <u>auch in digitaler Form zur Verfügung stehen</u>. Eine Kooperation mit der und allenfalls auch eine finanzielle Unterstützung durch die Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen ist anzustreben.

Yasmine Bourgeois (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit offensichtlichem Mehr dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2899. 2019/156

Postulat von Muammer Kurtulmus (Grüne) und Urs Helfenstein (SP) vom 17.04.2019:

Jährliche Statistiken mit Kennzahlen zur Bildungsgerechtigkeit

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Urs Helfenstein (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1169/2019).

Stefan Urech (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 15. Mai 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit offensichtlichem Mehr dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2900. 2019/214

Motion von Dr. Urs Egger (FDP), Anjushka Früh (SP) und 8 Mitunterzeichnenden vom 22.05.2019:

Umsetzung der in der Raumbedarfsstrategie Sport geplanten Rasensportanlagen in den nächsten 5 Jahren

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Anjushka Früh (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1278/2019).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Anjushka Früh (SP) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit offensichtlichem Mehr dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2901. 2019/290

Postulat von Zilla Roose (SP) und Nicole Giger (SP) vom 26.06.2019: Anpassung der Öffnungszeiten der städtischen Sommerbäder an den Rhythmus und die Wünsche der Bevölkerung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Nicole Giger (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1440/2019).

Andreas Kirstein (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 10. Juli 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Simone Hofer Frei (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Öffnungszeiten der städtischen Sommerbäder dem Rhythmus und den Wünschen Bedürfnis der städtischen Bevölkerung sowie der Witterung und den Tageslichtverhältnissen angepasst werden können. Damit Zürcherinnen und Zürcher auch nach dem Feierabend die Semmerbäder besuchen können, Besonders im Hochsommer und während der Sommerferien soll die eine spätere Schliessung dieser am Abend geprüft werden.

Christian Huser (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Öffnungszeiten der städtischen Sommerbäder dem Rhythmus und den Wünschen der städtischen Bevölkerung angepasst werden können. Damit Zürcherinnen und Zürcher auch nach dem Feierabend die Sommerbäder besuchen können, soll die spätere Schliessung dieser am Abend geprüft werden. <u>Dabei soll sichergestellt werden, dass Kosten und Nutzen in einem angemessenen Verhältnis stehen.</u>

Nicole Giger (SP) ist mit beiden Textänderungen einverstanden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Angenommene Textänderungen:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Öffnungszeiten der städtischen Sommerbäder dem Rhythmus und den Wünschen Bedürfnis der städtischen Bevölkerung sowie der Witterung und den Tageslichtverhältnissen angepasst werden können. Damit Zürcherinnen und Zürcher auch nach dem Feierabend die Sommerbäder besuchen können, Besonders im Hochsommer und während der Sommerferien soll die eine spätere Schliessung dieser am Abend geprüft werden. Dabei soll sichergestellt werden, dass Kosten und Nutzen in einem angemessenen Verhältnis stehen.

Das geänderte Postulat wird mit offensichtlichem Mehr dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2902. 2019/338

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Dr. Jean-Daniel Strub (SP) vom 10.07.2019:

Aufhebung der Autoparkplätze auf den Pausenplätzen der Volksschule

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1528/2019).

Stefan Urech (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 18. September 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit offensichtlichem Mehr dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Eingänge

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2903. 2020/389

Beschlussantrag der GPK vom 09.09.2020:

Bericht der GPK zum Erneuerungsprozess «Kongresshaus und Tonhalle», Kenntnisnahme

Von der GPK ist am 9. September 2020 folgender Beschlussantrag eingereicht worden:

Die GPK beantragt dem Gemeinderat:

- Vom Bericht der GPK zum Erneuerungsprozess «Kongresshaus und Tonhalle» wird Kenntnis genommen.
- 2. Der Stadtrat wird beauftragt, die im Bericht enthaltenen Empfehlungen zu prüfen und der GPK in einem Jahr über deren Umsetzung Bericht zu erstatten.

Begründung:

Aufgrund des notwendig gewordenen Nachtragskredits des STR zum Bauprojekt und der zeitlich erheblichen Verzögerung untersuchte die GPK die Gründe für die Probleme.

Mitteilung an den Stadtrat

Der Beschlussantrag wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

2904. 2020/390

Schriftliche Anfrage von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 09.09.2020:

Import von Maschinen, Produkten und Grundstoffen aus China, Auflistung der eingekauften systemrelevanten Produkte und Erfahrungen mit deren Qualität und Verfügbarkeit sowie mögliche Massnahmen gegen eine Abhängigkeit von Lieferungen aus China

Von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Johann Widmer (SVP) ist am 9. September 2020 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Aufgrund günstiger Preise werden viele Maschinen, Produkte und Grundstoffe in China eingekauft. Die Qualität ist oft bedingt genügend und bedarf rasch eines Ersatzes. Damit verbunden ist auch eine grosse Abhängigkeit von Lieferungen aus China. Das könnte zu einer Versorgungskrise führen. Es stellen sich deshalb folgende Fragen:

- Welche systemrelevanten A- und B-Produkte (made in China) hat die Stadt Zürich eingekauft als Direktimport oder über Zwischenhändler (welche Händler, welche Produkte)? Wir bitten um eine Auflistung in tabellarischer Form für die Jahre ab 2015.
- 2. Zu welchen Preisen wurden diese Produkte eingekauft? Welches war der alternative Preis für Produkte von anderen Anbietern?
- 3. Erfolgte der Einkauf über eine Ausschreibung oder freihändig? Wurden die WTO/Submissionsbedingungen eingehalten?
- 4. Lagen die Käufe in der alleinigen Kompetenz des Stadtrates? Wenn nicht, welche Instanzen wurden einbezogen?
- 5. Welche Erfahrungen wurden mit der Qualität und der Verfügbarkeit der Produkte gemacht?
- 6. Welche Ersatzbeschaffungen mussten vorgenommen werden? Wie wurden diese finanziert?
- 7. Welche Produkte mussten mutmasslich infolge mangelnder Qualität vorzeitig ersetzt werden? Wie wurden diese Ersatzbeschaffungen finanziert? Waren es Garantieleistungen? Musste die Finanzierung über das Budget, über Nachtragskredite oder über gebundene Ausgaben vorgenommen werden?

- 8. Welche Massnahmen ergreift der Stadtrat, um nicht in eine Abhängigkeit von Lieferungen aus China zu geraten?
- 9. Wurden neben dem Anschaffungspreis auch die Betriebskosten in die Beschaffungskriterien einbezogen?

Mitteilung an den Stadtrat

Kenntnisnahmen

2905. 2020/111

SK FD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Elena Marti (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2020–2022

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 7. September 2020):

Julia Hofstetter (Grüne)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählte

2906. 2020/326

Postulat von Nicole Giger (SP) und Marco Denoth (SP) vom 08.07.2020: Unterstützung der Gastronomie und der Kultur durch eine einmalige Abgabe eines Gutscheins an die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt

Nicole Giger (SP) zieht das Postulat zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

2907. 2020/220

Schriftliche Anfrage von Johann Widmer (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 27.05.2020:

Miete von Liegenschaften und Wohnungen für Asylsuchende durch die Asyl-Organisation Zürich (AOZ), Auflistung aller Standorte, deren Kapazitäten, Auslastungen und anfallenden Kosten sowie Gründe für die Erstellung weiterer temporärer Wohnsiedlungen und Unterkünfte

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 754 vom 26. August 2020).

2908. 2020/221

Schriftliche Anfrage von Mischa Schiwow (AL) vom 27.05.2020: Nutzungskonzept für das Geviert Kreuzstrasse-Kreuzbühlstrasse-Merkurstrasse-Zeltweg

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 778 vom 26. August 2020).

2909. 2019/172

Weisung vom 08.05.2019:

Finanzdepartement, Neuregelung der Finanzkompetenzen für den Erwerb von Liegenschaften, Teilrevision Gemeindeordnung, Teilrevision Finanzhaushaltverordnung, Abschreibung Motion GR Nr. 2018/2

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. Juni 2020 ist am 31. August 2020 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 16. September 2020.

2910. 2019/358

Weisung vom 04.09.2019:

Finanzdepartement, Teilrevision der Datenschutzverordnung betreffend Videoüberwachung des öffentlichen Raums durch Private

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. Juni 2020 ist am 31. August 2020 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 16. September 2020.

Nächste Sitzung: 23. September 2020, 17 Uhr.